

F: Herr Sauter, die „Masken-Affäre“ jährt sich dieser Tage zum fünften Mal. Sie als einer der medial und politisch Hauptbeschuldigten wie -betroffenen: Gibt es etwas, das Sie heute anders machen würden?

A: Ich käme nie mehr auf die Idee, dem Freistaat zu sagen, Ihr habt da Bedarf und da kann ich euch wahrscheinlich helfen.

F: Warum? Weil Sie jetzt die schwerwiegenden Folgen für sich selbst kennen? Oder weil Sie verstehen, warum andere gesagt haben: Mit der Pandemie Geld verdienen ist moralisch verwerflich.

A: Erstens: Moral ist nicht justiziabel. Die wird immer erst dann bemüht, wenn das Recht nicht hergibt, was der eine oder andere will. Zweitens: Ich habe darauf geachtet, dass der Preis der Masken im Vergleich zu dem, was andere verlangt haben, im Rahmen war: 3,50 Euro pro Stück. Drittens: Es gibt nicht moralische und unmoralische Masken. Keiner hat die Masken hergeschenkt, auch die Apotheken nicht. Und viertens: Warum hat der Freistaat die Masken nicht selber besorgt? Er unterhält in China mehrere Verbindungsbüros.

F: Die Brisanz Ihres Falls ergab sich auch daraus, dass sie Parlamentarier waren und man von einem solchen eher erwartet, dass er sich auch mal unentgeltlich für die Bürger einsetzt.

A: Sowohl das Oberlandesgericht München als auch der Generalbundesanwalt sowie der Bundesgerichtshof haben festgestellt, dass ich die Masken nicht in Ausübung meines Mandats besorgt habe.

F: In der Tat sind Sie gerichtlich von den Vorwürfen der Bestechlichkeit und der Bestechung von Abgeordneten entlastet worden.

A: Es wurde auch festgestellt, dass es dazu nicht einmal einen Anfangsverdacht gab, der Ermittlungen gerechtfertigt hätte. Trotzdem ist die Generalstaatsanwaltschaft hier in der Kanzlei und an fünf weiteren Orten mit mehr als 50 Personen und Medien im Schlepptau einmarschiert. Ihre Begründung für die Razzien und das Einfrieren meiner Konten war am Ende, dass im Strafgesetzbuch eigentlich hätte etwas anderes drinstehen müssen - und auf Grundlage dessen, was hätte drinstehen müssen, wurde ermittelt. Bei Lichte betrachtet hat hier ein Verfassungsbruch stattgefunden, und zwar in dem Sinne, dass die Generalstaatsanwaltschaft sich zur Legislative aufgeschwungen hat.

F: Als Sie das Masken-Geschäft eingefädelt haben, wussten Sie da, dass das zumindest rechtlich in Ordnung ist – oder hatten Sie einfach Glück, dass die Gerichte für Sie entschieden haben?

A: Im Gegensatz zu manch anderem kannte ich das Gesetz, den Paragraphen 108e StGB, sehr gut, weil ich lange meine Kanzlei parallel zu meinem Mandat hatte. Ich habe immer darauf geachtet, beides sauber zu trennen, so auch bei den Masken. Ich war nie im Gesundheitsausschuss, habe nie eine Rede zum Thema gehalten, nie einen Antrag gestellt, dass man Masken kaufen muss, und schon gar nicht von dem oder dem – nie.

F: Naja: Es gibt Mails von Ihnen ans Gesundheitsministerium, die mit Alfred Sauter, MdL, gezeichnet sind. Da wird doch eine Verbindung zum Mandat hergestellt.

A: Das war, so kurios es klingen mag, wirklich ein Versehen meines Büros. Ich habe ein paar Mails aus dem Auto heraus diktiert, und bei zwei hat die Assistentin von sich aus das „MdL“ hinzugefügt.

F: Profitieren Sie nicht in Ihrer anwaltlichen und sonstigen Tätigkeit von den Kontakten, die Sie als Abgeordneter haben?

A: Kontakte reichen nicht. Man muss was können. Jedenfalls habe ich durch meinen Abschied aus der Politik am Ende kein einziges Anwaltsmandat verloren.

F: Wie kamen Sie eigentlich zu den Masken?

A: Mich hat einer angerufen und gesagt, du, da braucht man jetzt Masken, ich kenne einen, der kann welche besorgen.

F: Kann man sagen, wer der eine war?

A: Einer, der gute Verbindungen zu Chinesen hat.

F: Woher kannten Sie den?

A: Wir waren früher viel unterwegs in China. Das hatte mit Franz Josef Strauß zu tun. Der war Pionier in Sachen China und hat sich darum gekümmert, dass die Junge Union, in deren Führung ich früher war, die Kontakte gepflegt hat. Als ich dann 1980 in den Bundestag gewählt wurde, habe ich das fortgesetzt.

F: Gab es bei den Masken ein unternehmerisches Risiko für Sie?

A: Es war nicht ganz klar, ob die Chinesen überhaupt liefern können. Die brauchten ja selber Masken. Dann sind die Flugzeuge

über Aserbaidschan und was weiß ich nicht was geflogen. Sie hätten unterwegs beschlagnahmt werden können. Es hätte Schadenersatzforderungen geben können. Mit dem Freistaat war vereinbart, dass er die Hälfte zahlt, wenn die Ware im Flugzeug ist. Tatsächlich haben die erst bezahlt, als sie die Ware bekommen haben.

F: Die Vermittlung des Geschäfts lief über eine Gesellschaft Ihrer Kinder namens „Pecom“. Warum?

A: Ich habe darin kein Problem gesehen. Mehr kann dazu nicht sagen.

F: Wie viel Geld haben Sie denn am Ende als Vermittlungsprovision bekommen?

A: Die Vermittlungsprovision für die Gesellschaft war 1,243 Millionen.

F: Sie gelten als vermögend. Hat's die gebraucht?

A: An der Vermittlung waren mehrere beteiligt. Wenn „Pecom“ gesagt hätte, ich will nichts von der Provision, dann hätten die anderen das Geld unter sich aufgeteilt. Da nimmt man es doch lieber und spendet es.

F: Spenden? Das war doch nicht von Anfang an so geplant, sondern eine Konzession an die öffentliche Stimmung.

A: Doch. Das Geld wurde gespendet, bevor öffentlich von mir in der Sache die Rede war.

F: Das ganze Geld? An wen?

A: Ja, nach Steuern, an eine Stiftung für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Günzburg und an die katholische Kirche.

F: Es hieß zwischenzeitlich, die Stiftung wolle das Geld gar nicht.

A: Als sie es bekommen haben, war die Freude erst mal groß. Ich wurde auch noch gebeten, dass eine Wasserwacht in meinem Stimmkreis, die ein neues Gebäude bauen wollte, 50.000 Euro über die Bürgerstiftung von dem Geld erhält. Nachdem die Geschichte hochgekocht war, bekundete die Stiftung öffentlich, sie wollten das Geld nicht. Dann hab ich denen gesagt, gut, dann geht es halt zurück, dann kriegt es wer anders. Das wollten sie aber auch nicht. Die haben das Geld behalten. Auch die Wasserwacht.

F: Im Zuge der Affäre hat auch die CSU mit Ihnen gebrochen, Sie aus der Fraktion gedrängt. Wie ist das Verhältnis heute?

A: Zu den früheren Kolleginnen und Kollegen im Landtag gibt es ganz überwiegend weiterhin einen guten freundschaftlichen Kontakt. Je höher es hinaufgeht, umso spärlicher ist bei einigen wenigen das Interesse an einem intensiven Austausch. Die meisten sind wohl froh, dass nicht mehr über das Thema geredet wird. Es nutzt keinem – und geschadet hat es im Endeffekt nur mir.

F: Zumindest der damalige Generalstaatsanwalt Röttle hat eine gute Karriere gemacht.

A: Das war der Chef der Behörde, die maßgeblich das Verfahren gegen mich betrieben hat. Er ist jetzt Präsident des Bayerischen Obersten Landesgerichts. Es gibt in solchen Fällen eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Versetzen oder Versorgen. Hier hat man sich anscheinend fürs Versorgen entschieden.

F: Stimmt es, dass Sie vor dem Masken-Skandal einen sehr engen Draht zum Ministerpräsidenten hatten?

A: Gemessen an heute haben wir damals viel kommuniziert. Sehr, sehr viel.

F: Auch zum Thema Masken?

A: Nein. Die ranghöchste, mit der ich darüber gesprochen habe, war Gesundheitsministerin Melanie Huml. Die hat massiv hinter mir her telefoniert. Ich hab nie drum betteln müssen, die Masken loszubekommen. Im Gegenteil.

F: Sie sind ein Mann, der im Ruf stand, keine Gefangenen zu machen. Dass Söder keine Gefangenen machte und mit Ihnen brach, musste Ihnen doch klar sein.

A: So wie er habe ich es nie praktiziert. Und angesichts dessen, was er mir früher alles an SMS geschrieben hat, hab ich es nicht für möglich gehalten, dass er es so machen würde.

F: Was stand denn in den SMS?

A: Nach dem Motto: Das werde ich dir nie vergessen. Im positiven Sinne, wohlgemerkt.

F: Hätte Strauß nicht auch kurzen Prozess mit Ihnen gemacht?

A: Nein. Der hätte sich um eine Lösung bemüht, die Gesichtswahrung sichergestellt hätte. Bei Stoiber bin ich mir nicht so sicher, aber ich glaube, selbst der hätte sich überlegt, wie man das anders lösen kann.

F: Was hätte Söder anderes tun können?

A: Er hätte sagen können: Der Alfred hat auch einen Beitrag geleistet, dass ich so viele Menschenleben retten konnte. Mir war damals allerdings nicht bewusst, dass Söder sich schon entschieden hatte, Kanzler zu werden.

F: Deswegen wollte er reinen Tisch machen?

A: Ist meine Interpretation. Er galt damals ja auch als der starke Mann.

F: In Sachen Kanzlerkandidatur hat es nichts genutzt.

A: Das war von Anfang an klar. Wegen der CDU. Und wegen Schäuble. Der war zeitlebens ein massiver Gegner der CSU. Und der hat das Sagen gehabt.

F: Söder gilt in Sachen Compliance als vorsichtig. Vom Ludwig-Erhard-Gipfel, dessen Schirmherr er war und der die Politik zuletzt in den Ruch der Käuflichkeit gebracht hat, hat Söder sich distanziert. Zu Recht?

A: Wenn Söder der Ansicht ist, dass der Erhard-Gipfel dem Freistaat was bringt, dann kann er seine Unterstützung verantworten. Da war ja auch das Wirtschaftsministerium beteiligt. Das ist schon mal gut, dann ist der Aiwanger auch mit drin. Im Übrigen basieren die Vorwürfe auf Unkenntnis: Glauben Sie ernsthaft, es macht Sinn, 80.000 Euro zu zahlen, um am Abend beim Dinner neben einem Minister zu sitzen und ihm ein Anliegen vorzutragen? Entschieden wird doch nicht einsam an der Spitze, sondern gemeinsam mit der Verwaltung. Wenn Argumente gebracht werden, warum etwas nicht geht, dann sagt niemand, ich bin da aber am Tegernsee

neben dem Firmenchef sowieso gesessen, deswegen machen wir es jetzt doch so.

F: Winfried Bausback, ein Topjurist aus der CSU-Fraktion und Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zur Maskenaffäre, sagte öffentlich über Sie: „Es ist sehr bedauerlich, dass er noch immer nicht nachvollziehen kann, warum es ganz unabhängig von der juristischen Bewertung moralisch verwerflich war und bleibt, die Pandemie als Mandatsträger zu einem Geschäftsmodell zu machen.“

A: Wir waren beide mal Justizminister. Da stellt sich die Frage, ob es sich gehört, dass der Nachfolger im Amt einen Untersuchungsausschuss leitet, der den Vorgänger betrifft. Und ob es sich gehört, dass das ein Mann tut, dessen ehemaliger Büroleiter kein Geringerer ist als der erwähnte Herr Röttle. Auch Bausback hatte ja Großes vor. Er wollte als Richter ans Bundesverfassungsgericht. Die CSU-Spitze hatte ihm das in Aussicht gestellt. Den Untersuchungsausschuss leitete er auch, um sich zu empfehlen. Da musste dann natürlich was rauskommen. Hat nicht geklappt. Dann macht man halt auf Moral.

F: Der BGH sprach von einer möglichen Strafbarkeitslücke, die zu schließen gegebenenfalls Aufgabe des Gesetzgebers sei. Der Landtag hat das mit einem „Transparenzgesetz“ getan. Sie haben mit Nein gestimmt. Warum?

A: Im Endeffekt läuft es halt darauf hinaus, dass du deiner beruflichen Tätigkeit eigentlich nicht mehr nachgehen kannst, weil du immer Gefahr läufst, dass dir irgendeine daraus resultierende Verbindung angelastet wird. Im Moment wächst die Zahl derjenigen, die nach ihrem Studium

entweder in der Partei beschäftigt sind oder in einer parteinahen Stiftung oder bei einem Abgeordneten, um dann selbst Abgeordnete zu werden. Das führt zu einer starken Abhängigkeit von der Partei. Wollen wir das?

F: Sie haben es ins andere Extrem getrieben und Ihr Abgeordnetenmandat mal als „Nebenjob“ bezeichnet.

A: Damals standen ein paar Journalisten in lustiger Runde zusammen, und einer fragte mich: Und, welcher Nebentätigkeit gehen Sie nach? Da sagte ich scherzhaft: Abgeordneter. Gemessen an dem, was ich damals verdient habe, war die Aussage richtig. Aber ich habe immer viel mehr Zeit in das Mandat und in die Politik investiert.